LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die gemeinsame - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(83. Sitzung, erster Teil)[1]

und seines Unterausschusses „Verbraucherschutz“ (45. Sitzung)

am 16. September 2026

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/11240 neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**
Unterrichtung - Drs. 19/11406

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028

Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorstellung durch die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 3

Mitberatung 10

[1] Über den zweiten Teil der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend:

Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

1. Abg. Dr. Frank Schmädeke (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Jörn Domeier (SPD)
3. Abg. Thore Güldner (SPD)
4. Abg. Karin Logemann (SPD)
5. Abg. Sebastian Penno (SPD)
6. Abg. Alexander Saade (SPD)
7. Abg. Christoph Willeke (SPD)
8. Abg. Uwe Dorendorf (CDU)
9. Abg. Katharina Jensen (CDU)
10. Abg. Dr. Marco Mohrmann (CDU)
11. Abg. Hartmut Moorkamp (CDU)
12. Abg. Pascal Leddin (GRÜNE)
13. Abg. Christian Schroeder (GRÜNE)
14. Abg. Alfred Dannenberg (AfD)

Mitglieder des Unterausschusses „Verbraucherschutz“:

1. Abg. Thore Güldner (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Jörn Domeier (SPD)
3. Abg. Stefan Klein (SPD)
4. Abg. Karola Margraf (SPD)
5. Abg. Andrea Prell (SPD)
6. Abg. Veronika Bode (CDU)
7. Abg. Birgit Butter (CDU)
8. Abg. Katharina Jensen (CDU)
9. Abg. Verena Kämmerling (CDU)
10. Abg. Dirk Toepffer (CDU)
11. Abg. Pascal Leddin (GRÜNE)
12. Abg. Christian Schroeder (GRÜNE)

Von der Landesregierung:

Ministerin Staudte (ML)

Von der Landtagsverwaltung:

Frau Kahlert-Kirstein,
Frau Stürzebecher.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13:30 Uhr bis 15:08 Uhr.

Tagesordnung:

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/11240 neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**

Unterrichtung - Drs. 19/11406

Zu a) erste Beratung: 96. Plenarsitzung am 09.09.2026
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

Zu b) gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 26.08.2026
federführend: AfHuF
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028

Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorstellung

Ministerin **Staudte** (ML): Ich freue mich, Ihnen den Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 vorstellen zu können. Bei einem Doppelhaushalt schaut man etwas weiter in die Zukunft und muss auch etwas weiter planen. Allerdings bietet ein Doppelhaushalt auch etwas mehr Planungssicherheit, was unsere Maßnahmen und die finanziellen Absicherungen angeht. Es ist in der heutigen Zeit, in der unglaublich viele Unsicherheiten bestehen - sei es in der Land- und in der Forstwirtschaft durch den Klimawandel, sei es durch Kriege oder durch Handelskriege -, wichtig, dass wir die Transformationsprozesse, die ohnehin anstehen, durch einen Haushaltsentwurf begleiten, der Kontinuität aufzeigt. Bislang ist immer wieder deutlich geworden, dass wir Planungssicherheit bieten wollen, indem wir Kurs halten und das, was wir sagen, in den Haushaltstiteln abbilden.

Ich möchte eine politische Vorbemerkung vorwegschicken. Es ist uns ein Anliegen, Planungssicherheit zu geben. Aber wir können nicht alles, was ad hoc auf uns zukommt, ausgleichen. Damit meine ich insbesondere die Veränderungen bzw. Kürzungen, die von Bundesseite auf uns zugekommen sind. Im letzten Jahr hatte ich schon berichtet, dass das Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung von Bundeslandwirtschaftsminister Rainer eingestellt worden ist. Sie alle haben sich mit der Thematik befasst, und natürlich haben sich alle Blicke auf die Länder und im Fall unseres Bundeslandes auf das ML gerichtet. Es wurde gefragt, was von Landesseite nun stattdessen gemacht werden kann. Wir haben uns angestrengt. Darauf werde ich im Folgenden noch eingehen. Aber natürlich können wir nicht alle Kürzungen kompensieren, die vorgenommen

worden sind. Ich glaube, das ist Ihnen allen klar. Ich weiß, dass das, was auf Bundesebene vorangetrieben wurde, im Grunde überall zumindest auf Stirnrunzeln gestoßen ist.

Um einmal die Größenordnung aufzuzeigen: Mit Stand vom Juli dieses Jahres sind bundesweit 619 Anträge für dieses Bundesprogramm eingereicht worden, wovon 202 aus Niedersachsen kamen. Niedersachsen ist wirklich am stärksten betroffen. Wenn über die Jahre 1 Milliarde Euro fehlen, können wir das, wie gesagt, nicht ausgleichen.

Aktuell beschäftigt viele landwirtschaftliche Betriebe die Problematik der gestiegenen Spritpreise. Wir alle kennen den Blick auf die Preisanzeigen an den Tankstellen. Die Steigerung der Spritpreise, die gerade festzustellen sind, ist enorm und hebt im Prinzip die Wirkung der Agrardieselvergünstigung auf. Insofern fände ich es, wenn es um die Situation der landwirtschaftlichen Betriebe geht, sinnvoll, wenn vonseiten des Bundes das Thema der Preisdeckelung oder der Gewinnabschöpfung bei den Mineralölkonzernen mit Nachdruck verfolgt würde. Wir haben damals spekuliert, ob die Agrardieselrückerstattung zulasten des Umbauprogramms eingeführt worden ist. Natürlich gibt es keine Beweise dafür. Allerdings liegt die Vermutung nahe. Und vor dem Hintergrund der gestiegenen Spritpreise ist die Entwicklung, die auf Bundesebene stattgefunden hat, umso schmerzhafter.

Das ML hat Ihnen auch in diesem Jahr wieder eine Broschüre mit Erläuterungen zur Verfügung gestellt. Als Landtagsabgeordnete habe auch ich eine solch akzentuierte Erläuterung der Veränderungen als sehr hilfreich empfunden. Auf dem Deckblatt sehen Sie ein schönes Bild. Ich weiß nicht, wer von Ihnen in Braunschweig beim Tag der Niedersachsen war. Dieses Bild bringt zum Ausdruck, dass wir eine wirklich vielfältige Landwirtschaft sowie einen lebendigen und vitalen ländlichen Raum haben. Diesen wollen wir weiterhin unterstützen und fördern. Allein im Bereich der GAK werden für 2027 für die integrierte ländliche Entwicklung 95 Millionen Euro bereitgestellt.

Insgesamt sind im Einzelplan 09 für 2027 Ausgaben in Höhe von 586,80 Millionen Euro veranschlagt. Das ist mit 1,2 % des Landeshaushalts prozentual gesehen nicht sonderlich viel. Sie wissen, dass sich der Prozentsatz immer in dieser Größenordnung bewegt. Gegenüber 2026 gehen die Ansätze mit 1,8 % leicht zurück. Das bedeutet aber nicht, dass bei all unseren Maßnahmen gekürzt wurde. Der Grund liegt vielmehr in strukturellen Veränderungen, was die Veranschlagung in den verschiedenen Einzelplänen angeht. Zum Beispiel die IT-Ausgaben für das ML, für das LAVES und für die Fischereiverwaltung sind ab 2027 im Einzelplan des Innenministeriums veranschlagt, und die Tarif- sowie Besoldungserhöhungen finden sich zentral für alle Ministerien im Einzelplan des Finanzministeriums wieder. Das erklärt den Rückgang. Für 2028 werden wir wieder bei 596,70 Millionen Euro geplanter Ausgaben und damit wieder auf dem Niveau von 2026 liegen.

Zu betonen ist immer wieder, dass es beim Einzelplan 09 um Mittel unseres Landeshaushaltes geht, dass sich darin aber nicht die sehr umfangreichen EU-Mittel für die Landwirtschaft und für den ländlichen Raum widerspiegeln. 2025 waren das 996 Millionen Euro sowie 2,3 Millionen Euro aus dem EMFAF, also für den Bereich der Fischerei. Das macht deutlich, dass es sich bei den Mitteln aus dem Landeshaushalt nur um einen Teil der insgesamt für die Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Mitteln handelt und relativiert den vergleichsweisen geringen prozentualen Anteil am Haushalt.

Beim Innenministerium sind für die genannten Dienststellen 6,1 Millionen Euro an IT-Ausgaben für 2027 veranschlagt. Noch nicht inbegriffen ist die Summe für das SLA, die wegen europarechtlicher Vorgaben in unserem Haushalt verbleiben muss.

Für Digitalisierungsmaßnahmen sind aus dem Sondervermögen des Bundes 4,8 Millionen Euro eingeplant. Näheres dazu finden Sie in unserer Informationsbroschüre.

Bei den erwähnten Tarif- und Besoldungserhöhungen, die jetzt beim Finanzministerium veranschlagt sind, geht es, um eine Größenordnung zu nennen, für 2027 um 3,8 Millionen Euro, die eigentlich unserem Ressort zugerechnet werden könnten.

Nun zu den politischen Schwerpunkten. Die Tierhaltung habe ich bereits angesprochen. Es war angekündigt, die Mittel des Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung in die GAK zu überführen. Die Mittel aus der GAK können jetzt in der Tat für den Umbau der Tierhaltung genutzt werden. Aber mehr Geld ist nicht vorgesehen. In dem Haushaltsentwurf des Bundes für 2027 ist gegenüber den Ansätzen für das Jahr 2026 zudem noch gekürzt worden. Das ist dramatisch. Außerdem weiß man bei den GAK-Mitteln immer erst sehr spät, was beschlossen wird.

Wir wollen über das AFP unterstützen. Aus Landesmitteln haben wir für 2027 um rund 15,5 Millionen Euro für die Bewilligung von Förderanträgen und für 2028 noch einmal um 5,2 Millionen Euro aufgestockt. Um das mal ins Verhältnis zu setzen: Ansonsten sind im Rahmen des AFP für die unterschiedlichsten Maßnahmen etwa 17 Millionen Euro für Bewilligungen vorgesehen. Die Problematik im Zusammenhang mit der Förderung des Umbaus der Tierhaltung besteht darin, dass es sehr schwierig ist, Bewilligungen und Auszahlungen sozusagen in den einzelnen Haushaltsjahren treffsicher abzubilden. Wir haben dazu eine Rückmeldung des Landvolks bekommen und werden uns im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens um eine Anpassung bemühen. Die Betriebe können immer nur dann Anträge stellen, wenn ihnen bereits eine Baugenehmigung vorliegt. Das heißt, sie benötigen einen gewissen zeitlichen Vorlauf. Wir werden versuchen, den Mittelansatz für 2028 von rund 5,2 Millionen Euro auf das Jahr 2030 zu verschieben. Im Ergebnis bedeutet dies, dass 2027 Landesmittel in Höhe von 10,3 Millionen Euro bewilligt werden können und 2028 in Höhe von 10,4 Millionen Euro. Die tierhaltenden Betriebe bekämen also etwas mehr Zeit für die Planung und Umsetzung ihrer Vorhaben.

Ich glaube, es ist wichtig, deutlich zu machen, dass wir den Kurs zum Umbau der Tierhaltung, der gesellschaftlich gewollt und teilweise auch rechtlich vorgeschrieben ist, fortsetzen. Die rechtlichen Verpflichtungen gelten für die Deckzentren ab 2029 und für den Abferkelbereich ab 2036. Fördermittel für Deckzentren sind im Rahmen des Bundesprogramms stark nachgefragt gewesen. Der Lebensmitteleinzelhandel kommuniziert bereits seit Längerem, dass er kein Frischfleisch mehr aus den Haltungsstufen 1 und 2, also aus den niedrigsten Haltungsstufen, anbieten möchte. Das Gros des derzeit produzierten Fleischs stammt aber von Tieren aus diesen Haltungsstufen. Ketten, wie Aldi, Lidl und Rewe, wollen aber ab 2030 Eigenmarkenfrischfleisch von Tieren aus den Haltungsstufen 3 und 4 verkaufen. Deswegen müssen wir die Stufen Frischluftstall bzw. Außenklima und Auslauf besonders betrachten. Aktuell liegt der Anteil hier lediglich bei 4 %. Wenn diese Handelsketten aus Niedersachsen beliefert werden sollen, müssen wir in diesem Bereich besser werden, und deswegen fokussieren wir uns in unserer Förderung auf diese Ställe.

Zum Thema Planungssicherheit muss vielleicht auch noch einmal darauf hingewiesen werden, dass seit vielen Jahren ein Normenkontrollverfahren für den Bereich der Schweinehaltung

anhängig ist, das seinerzeit von Berlin angeschoben worden ist. Angesichts des „Putenurteils“ des Bundesverwaltungsgerichts zu den Haltungsbedingungen in einem Betrieb in Baden-Württemberg kann heute niemand sagen, was bei dieser Klage herauskommt. Wir wollen Ställe fördern, bei denen wir uns sicher sein können, dass sie auch in Zukunft rechtlich abgesichert sind.

Bei einer weiteren Maßnahme, die aus den zusätzlichen Landesmitteln unterstützt werden kann, geht es um den Ausstieg aus der Anbindehaltung. Auch das ist uns ein großes Anliegen. Ich danke allen Beteiligten, die den Stufenplan für einen Ausstieg erarbeitet haben. Wir hatten Videokonferenzen, an denen sehr viele beteiligt waren und sich informiert haben. Ich glaube, das waren über 100 Teilnehmende. Uns ist es wichtig, dass wir einerseits beim AFP Kontinuität bieten, andererseits aber auch immer wieder agil anpassen. Ich finde, das ist uns bislang gelungen. So werden wir jetzt - im Alten Land war Hagelschlag ein ganz großes Problem - Hagelschutznetze fördern. Ich bin allen Beteiligten aus dem Ministerium, die vor Ort waren und wirklich schnell reagiert haben, sehr dankbar.

Andere Bereiche funktionieren auch ohne Förderung wirtschaftlich gut. Als Stichwort nenne ich die Legehennenhaltung - Anlage 1 des Agrarinvestitionsförderprogramm. Moderne Ställe werden auch ohne Förderung gebaut. Wir müssen sie von daher nicht noch gezielt fördern, sondern müssen unsere immer begrenzten Mittel auf das fokussieren, wofür wirklich Unterstützung erforderlich ist, da Maßnahmen ohne Förderung später oder vielleicht sogar gar nicht ergriffen werden.

Ein weiterer Punkt, der uns im Agrarbereich zusammen mit dem Umweltministerium immer wieder beschäftigt, betrifft den „Niedersächsischen Weg“. Der Umweltminister und ich sind in den Lenkungskreisgremien. Die Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftsverbänden und den Umweltverbänden ist dort sehr gut.

Ein Thema, das von allen Seiten immer wieder nach vorn gestellt worden ist, betrifft die Forderung nach flächendeckendem Ausbau der Biodiversitätsberatung. Für diesen Bereich ist das ML zuständig. Viele andere Punkte hingegen werden im MU abgearbeitet. Aktuell sind zehn Beraterinnen und Berater in neun Regionen tätig und unterstützen dort. Sie sind bei der Landwirtschaftskammer angesiedelt. Außerdem gibt es noch eine Koordinierungsstelle. Die entsprechenden Stellen werden jetzt langfristig abgesichert, was mir ein großes Anliegen war.

Etwas, was ich nicht zu hoffen gewagt habe, weil wir Jahr für Jahr entsprechende Mittel angemeldet haben, aber nie eine Finanzierungszusage bekommen haben, betrifft das flächendeckende Ausrollen. Aktuell kann in 26 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten keine Biodiversitätsberatung angeboten werden. Mit dem Doppelhaushalt werden wir bis zu 9 Millionen Euro zur Verfügung haben, um das umzusetzen. Das war immer wieder eine starke Forderung der Verbände im Lenkungskreis, zumal die Betreffenden auch eine koordinierende Funktion haben. Mit den Planungen, die das Umweltministerium aktuell vorantreibt und auch mit der kommunalen Ebene abspricht - Verteilung des Förderbudgets in der Fläche mit Begleitgremien etc.; analog zu unserem Lenkungskreis -, wird sich das sehr gut ergänzen. Die positiven Rückmeldungen, die wir für den „Niedersächsischen Weg“ bekommen, haben dann die Chance, in der Fläche stärker wahrgenommen zu werden. Es gab immer wieder eine Diskrepanz zwischen der Zufriedenheit mit dem, was auf Landesebene läuft, und der Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit in der Fläche. Wir machen jetzt einen wirklich großen Schritt. Wenn im Rahmen des Programms des Umweltministeriums solche Gremien vor Ort eingerichtet werden, hätten wir nicht nur eine fachliche Förderung im Hinblick auf Artenschutz, sondern auch eine demokratiestärkende

Maßnahme, da Verbände, deren Ausgangspositionen nicht immer identisch sind, zusammenkommen. Es freut mich sehr, dass uns das mit Unterstützung des Finanzministeriums gelungen ist.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Thema Ernährung. Wir haben die unterschiedlichsten Fördermaßnahmen, die zum Teil seit Jahren erfolgreich umgesetzt werden. Allerdings sind nicht alle sozusagen auf Ewigkeiten durchfinanziert gewesen. Von daher sichern wir hier noch einmal finanziell ab, führen fort oder ergänzen bedarfsgerecht und sinnvoll. In diesem Bereich haben wir alle Altersgruppen im Blick. Bei Ernährung wird häufig zunächst an Kinder gedacht. Zum Beispiel auch die Vernetzungsstelle Seniorenverpflegung leistet hervorragende Arbeit, die jetzt abgesichert wird. Zu nennen sind hier aber auch die Beratungsstellen für den Kita-Bereich und für die Schulverpflegung.

Auch das Thema „Menschen mit niedrigem Einkommen“ spielt eine Rolle. Die Bedarfe sind groß. Wir sichern jetzt auch die Arbeit der Verteilzentren ab. Wie Sie wissen, gibt es zahlreiche Tafeln und Ausgabestellen. Es gab eine Anschubfinanzierung für die Verteilzentren, die Lieferungen aus dem Großhandel entgegennehmen und an dezentrale Stellen wie die Tafeln weitergeben. Hierfür haben wir zur Absicherung eine weitere Forderung vorgesehen. Ich glaube, das ist sehr wichtig.

Insgesamt stocken wir in den beiden Haushaltsjahren zusätzlich die Ansätze im Bereich Ernährung mit 10,3 Millionen Euro auf. Darüber freue ich mich sehr. Gerade das Schulobstprogramm, über das wir im Grunde jedes Jahr berichtet haben, wird sehr gut angenommen. Die Kinder erfahren spielerisch, welche Vielfalt es gibt, woher ihr Essen kommt, und können davon wirklich sehr stark profitieren. Im Rahmen dieses Programms werden Obst und Gemüse und auch Milch im Kita-Bereich kostenfrei dargereicht. Wir setzen damit einen Grundstein für ein etwas bewussteres und gesünderes Ernährungsverhalten. Wir stocken jetzt den Landesanteil mit 3,7 Millionen Euro auf 7,7 Millionen Euro auf. Das ist auch insofern ein großer Schritt, als bei vielen Kofinanzierungen auch der kofinanzierte Anteil mit ansteigt. Bei diesen EU-Mitteln ist das aber nicht der Fall. Wenn neue Schulen hinzukommen, was kontinuierlich der Fall ist, müssen wir mit Landesmitteln aufstocken. Die EU-Mittel und die Landesmittel zusammengezählt, werden wir für diesen Bereich 10,9 Millionen Euro jährlich zur Verfügung haben. Eine schöne Grafik dazu finden Sie auf Seite 11 der Broschüre „Daten und Informationen für die parlamentarische Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2027/2028“, in der die Steigerung der Zahl der Einrichtungen in dieser Wahlperiode dargestellt ist und aus der deutlich wird, wie gut das Programm angenommen worden ist.

„Schulmensen zu Lernorten“ ist ein Projekt, das wir im vergangenen Jahr dank der politischen Liste anschieben konnten und das sehr gut angenommen worden ist. 90 Schulen haben sich beworben. Die Schulen, die den Zuschlag bekommen haben, sind sehr aktiv. Ich habe einige dieser Schulen besucht. Es ist sehr beeindruckend, zu sehen, wie sich die Kinder schon beim Start des Projektes mit der Thematik auseinandergesetzt haben und welch tolle Interviews sie gegeben haben. Regionale Wertschöpfung, Vermeidung von Lebensmittelabfällen, Bewusstsein für Bio und für Tierwohl und auch Förderung der Esskultur - das sind wirklich ganz wichtige Punkte. Ich freue mich, dass wir dieses Projekt mit 618 000 Euro pro Jahr fortsetzen können. Schön ist, dass die Schulen mit relativ wenigen Mitteln viel bewegen können. Wir dachten zunächst, dass wir höhere Summen aufwenden müssten. Um die Dinge zu initiieren, waren jedoch deutlich geringere Mittel nötig.

Dann kam etwas auf uns zu, womit wir nicht gerechnet hatten. Jedes Jahr findet im Januar in Berlin die Grüne Woche statt. Die niedersächsische Halle ist eine der zentralen Hallen, und der Niedersachsenabend wird gern besucht. Für 2027 haben wir nun die Chance, uns als Partnerland auf der Messe zu präsentieren. In der Vergangenheit waren Partnerland andere Staaten. Im vergangenen Jahr ist das Partnerland abgesprungen oder es wurde kein Partnerland gefunden, und mit Mecklenburg-Vorpommern ist dann zum ersten Mal ein Bundesland als Partnerland aufgetreten. Wir haben nun die Chance, Niedersachsen als Partnerland zu präsentieren. Wir haben dafür einen etwas längeren Vorlauf. Die Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit für Niedersachsen und unsere Agrar- und Ernährungswirtschaft werden verstärkt werden. Gemeinsam mit der Marketinggesellschaft und der Staatskanzlei arbeiten wir an Umsetzungskonzepten. Frühere Partnerländer sagen übereinstimmend, dass der Auftritt auf der Grünen Woche einen unmittelbaren wirtschaftlichen Effekt hatte. Es würde nicht nur die Eröffnungsveranstaltung von Niedersachsen mitgestaltet, sondern alle offiziellen Rundgänge würden durch die Niedersachsen-Halle führen, wobei die Gelegenheit besteht, mit den Ausstellenden in Kontakt zu treten. Dafür musste bereits ein Vertrag mit der Messe Berlin geschlossen werden, um die Dinge verbindlicher zu machen. Auch wenn der Haushalt noch nicht final beschlossen ist, ist das mit dem Finanzministerium abgesprochen.

Bei einem Thema, das uns insgesamt sehr beschäftigt und bei unserer Förderpolitik in sehr viele Bereiche hineinspielt, geht es um die Frage, wie es in der EU in der nächsten Förderperiode von 2028 bis 2034 weitergeht. Die Diskussionen und Verhandlungen sind weit vorangeschritten. Es gibt aber noch viele grundsätzliche Diskussionen. Deswegen lässt sich noch nicht abschließend sagen, was beschlossen werden wird. Wir haben dieses Thema im Grunde bei jeder Agrarministerkonferenz auf der Tagesordnung. Unter dem Strich kann man sagen, dass wir alle die Entwicklungen mit großer Sorge - manches Mal aus unterschiedlichen Blickwinkeln - sehen. Insgesamt ist allen klar, dass nicht mehr Geld zur Verfügung stehen wird.

Mich besorgt sehr, dass ein Paradigmenwechsel eingeleitet wird, der in vielen Bereichen das Ambitionsniveau senken wird und ein sogenanntes Race to the bottom befeuert. Dabei geht es um Anforderungen wie die GLÖZ-Standards - es handelt sich um die Mindeststandards, die eingehalten werden müssen, wenn man an den Direktzahlungen partizipieren möchte -, aber auch um die freiwilligen Ökoregelungen, die nicht nur für Öko-Betriebe, sondern für alle Betriebe gelten. Auch sie soll es in der Art wohl nicht mehr geben. Ein Problem ergibt sich insofern, als dann nicht mehr - vielleicht auch ordnungsrechtlich - auf der Basis europaweiter Mindeststandard reagiert werden kann. Das, was angeboten wird - Farm Stewardship -, ist eher auf der Ebene der Mitgliedstaaten, was bedeutet, dass jeder Mitgliedstaat die Dinge anders machen kann. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Druck des billigeren Produzierens vielleicht negative Auswirkungen auf diejenigen hat, die eigentlich gewillt sind, etwas voranzutreiben, ist groß.

Die gesamte Neugestaltung der Finanzarchitektur mit den nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen befindet sich in der Debatte und erfordert viele Diskussionen, wie die Dinge umgesetzt werden können. Die Mitgliedstaaten hätten viel mehr Möglichkeiten, die Fördermittel flexibel einzusetzen. Das heißt, die Mitgliedstaaten könnten selbst entscheiden, wie viel sie zu Klimaschutz, Biodiversität oder zur Absicherung von kleinen Betrieben leisten wollen. Wenn es keinen gemeinsamen Mindeststandard gibt, kann das einen Trend nach unten, ein Race to the bottom, vorantreiben.

Eine der großen Unsicherheiten liegt in der Frage, wie viel Geld im gesamten Topf sein wird. Gerade aus Deutschland, seitens der Bundesregierung, wird sehr stark Kritik an dem

vorgeschlagenen EU-Haushalt geübt. Deutschland ist Nettozahler und sieht keine Notwendigkeit, für zusätzliche Mittel zu stimmen, was aus Agrarsicht sehr wünschenswert wäre. Nein! Die Bundesregierung spricht sich eigentlich für massive Kürzungen aus. Auch Bundeskanzler Merz hat sich zu dieser Thematik eingelassen. Für Niedersachsen als Agrarland ist das sehr problematisch.

Wir wollen Planungssicherheit im Agrarbudget und einkommenswirksame Honorierung von Umweltleistungen. Es ist ein zentraler Punkt, Einkommenswirksamkeit und gesellschaftlich gewollte Maßnahmen, also Investitionen in Nachhaltigkeit, tiergerechte Haltungsformen und ländliche Räume, zu entkoppeln. Alles, was in der jetzigen zweiten Säule angeboten wird, wird wohl auch in Zukunft möglich sein. Aber wie viel Geld dafür zur Verfügung stehen wird und wie alltagstauglich der gesamte Bereich gestaltet werden kann, ist sehr fraglich.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen zum Thema Kappung und Degression. Ich finde, es wäre ein guter Ansatz, sich einmal anzuschauen, welche Firmen die größten Zahlungen erhalten. Man kann sich durchaus fragen, ob das noch so notwendig ist oder ob solche Firmen nicht auch ansonsten mit den ihnen möglichen Skalierungseffekten sehr gut wirtschaften könnten. Da wir in den anderen Bereichen vermutlich zu wenig Geld zur Verfügung haben werden, da wir hierfür kein geschütztes Budget haben, wäre es gut, wenn frei werdende Mittel - gern in dem jeweiligen Bundesland, in dem sie ursprünglich angekommen wären - für Agrarumweltmaßnahmen oder die Förderung des Generationenwechsels genutzt werden könnten. Sie können sich vorstellen, dass das in der Agrarministerkonferenz kontrovers diskutiert wird.

Große Einigkeit besteht hinsichtlich der abgesenkten Kofinanzierungssätze. Für den ländlichen Bereich - nehmen wir als Beispiel LEADER - gibt es von der EU statt bislang 80 % dann vielleicht nur noch 40 %. Von daher stellt sich die Frage, wer das in einer solchen Größenordnung kompensieren soll und wie das geschehen soll. Der EU-Haushalt ist noch nicht beschlossen. Die Staats- und Regierungschefs kommen im November zusammen. Ob sie dann einen Beschluss fassen werden oder aber eine Entscheidung vertagt wird, wissen wir nicht. Auf jeden Fall bestehen sehr große Unsicherheiten und auch Planungsunsicherheiten. Deswegen haben auch wir noch nicht die Möglichkeit, genau zu sagen, welche Kofinanzierungsmittel wir brauchen werden. Auf jeden Fall wird aber Bedarf bestehen.

Auch die Frage, welchen Anteil an der nationalen Kofinanzierung künftig der Bund leisten wird und was die Länder zahlen sollen, ist offen. Wenn die Bundesregierung höhere Zahlungen an die EU ablehnt, weil Deutschland für jeden Euro, das es zahlt, nicht einen Euro oder mehr zurückbekommt, ist der Bund aus meiner Sicht in der Pflicht, die Kofinanzierung zu tragen.

Insgesamt stehen wir vor schwierigen Weichenstellungen, was uns noch einige Zeit beschäftigen wird. Auf den unterschiedlichsten Ebenen und vor allem auch in Bund-Länder-Arbeitsgruppen wird auf Fachebene sehr intensiv gerungen und nach Gemeinsamkeiten gesucht.

An dieser Stelle möchte ich insbesondere Frau Heepe-Horstmann und ihrem Team danken, die den Entwurf des Einzelplans 09, aber auch die Informationsbroschüre erstellt haben, sehr tief in allen Haushaltsfragen stecken und immer wieder sehr kreative Lösungsansätze finden, sodass wir die Herausforderungen wirklich gut wuppen können. Im Laufe der Jahre haben wir einige Baustellen gemeinsam abräumen können. Herzlichen Dank auch an die die Regierung tragenden Fraktionen sowie an die Opposition, die an der einen oder anderen Stelle Druck gemacht und

dem ML Rückenwind gegeben hat, damit wir bei den Herausforderungen, vor denen wir stehen, vorankommen.

Im Bereich der Verbraucherzentrale haben wir, auch wenn es immer noch Herausforderungen gibt, einen großen Schritt getan. Auch bei dem Schulprogramm und dem Existenzgründungsprogramm waren uns große Schritte möglich. Ich erinnere mich an einen Haushalt, bei dem wir nach den Kalamitäten im Harz intensiv über den Forstbereich gesprochen haben. Mit der Zuführung zum Wirtschaftsförderfonds ist ein großer Schritt im Interesse der Planungssicherheit für die Wiederbewaldung getan worden. Es war keine Selbstverständlichkeit, dass die durch das Schadholz entstandenen „unfreiwilligen“ Gewinne im Ressortbereich verbleiben konnten. Nennen möchte ich außerdem den Bereich Biotop- und Artenschutz. Dass wir immer ausreichend Kofinanzierungsmittel für die GAK zur Verfügung hatten, ist wirklich nicht selbstverständlich gewesen.

Ich bin sehr mit dem zufrieden, was wir vorlegen konnten. Für mich passen unsere Haushaltsentwürfe unter die Überschrift bzw. das Motto des Koalitionsvertrages „Sicher in Zeiten des Wandels“. Ich habe immer versucht, mich daran zu orientieren, dass wir planvoll und mit Augenmaß, aber auch mit Blick auf die großen Herausforderungen Haushaltsentwürfe vorlegen, die dann vom Landtag hoffentlich beschlossen werden.

Mitberatung

Aussprache zum Haushaltsplanentwurf

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU): Sehr geehrte Frau Ministerin! Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Einige Nachfragen ergeben sich.

Einsteigen möchte ich, was sicherlich nicht überraschend ist, mit dem Thema Stallumbau. Wir haben nach den etwas spärlichen Zahlen der Anfangsjahre in diesem Jahr einen erheblichen Zulauf im BUT zu verzeichnen. Bis jetzt sind etwa 390 Millionen Euro bewilligt worden, und für ungefähr 800 Millionen Euro sind Anträge in der Pipeline. Haben Sie schon mal herunterbrechen können, in welchem Umfang in Niedersachsen wohl gefördert wird und wie sich insgesamt der Bedarf in der niedersächsischen Sauenhaltung darstellen wird? Sie haben deutlich gemacht, dass das Landesprogramm nur für die höheren Tierhaltungsstufen in Betracht kommt. Wie beziffern Sie die Deckungslücke für die konventionellen Betriebe, die bis 2029 ebenfalls einen Umbaubedarf im Bereich der Deckzentren und insbesondere für die Abferkelbereiche haben?

Im Zusammenhang mit dem gewaltigen Zulauf beim BUT in diesem Jahr haben wir gesehen, dass man doch recht zügig Baugenehmigungen erhalten kann. Für 2027 haben Sie lediglich Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen. Ist 2027 überhaupt nichts zu machen, oder wie würde sich das technisch darstellen?

Ministerin **Staudte** (ML): Wie Sie bereits dargestellt haben, gibt es ein großes Delta, was den Bedarf angeht, also ein großes Delta zwischen dem, was beantragt worden ist, und dem, was vonseiten des Bundes bewilligt werden wird. Wir werden uns die Abrechnungen für den Investitionsbereich genau anschauen. Ich vermute, dass bereits viele Anträge für den Bereich der Deckzentren vorliegen, weil angesichts der Bauzeiten etc. das Jahr 2029 sozusagen unmittelbar vor der Tür steht. Ich kann mir vorstellen, dass für die Abferkelbereiche, für die die Frist 2036

endet, verstärkt Anträge eingereicht werden. Wir sehen für das AFP bezüglich der Sauenhaltung einen besonderen Bedarf. Im Abferkelbereich wird die Anforderung „Außenklima“ nicht gelten. Zwar sind Außenklimaställe mit Ferkelboxen möglich, in denen es mollig warm ist. Allerdings stellen sie eine etwas größere Herausforderung dar. Deswegen haben wir hier von einer Verpflichtung abgesehen. Aber gleichwohl werden wir nur einen Teil des Bedarfs decken können.

Ich glaube, dass wir mit dem Konstrukt - Verpflichtungsermächtigungen verbunden mit der Frage, wann ausgezahlt wird - niemandem unnötig Steine in den Weg legen. Denn es kann bereits ein Antrag gestellt werden, sobald die Baugenehmigung vorliegt. Dann muss gebaut werden, und danach kann sozusagen die Rechnung eingereicht werden. Deswegen mache ich mir keine Sorgen, dass irgendjemand ausgebremst werden könnte, der an unserem Programm teilnehmen möchte.

Das Landvolk hat die Frage aufgeworfen, ob die Förderung nicht breiter gefasst werden sollte, damit auch für andere Haltungsstufen Anträge gestellt werden können. Ich finde, damit würden Menschen sehenden Auges frustriert. Eine Baugenehmigung wird nicht umsonst erteilt. Vielmehr müssen dafür Pläne erstellt werden, und wenn dann die Mehrzahl der Anträge ablehnend beschieden werden muss, stellt dies eine sehr schwierige Situation dar.

Ich habe mich sehr gefreut, dass es mit den Baugenehmigungen sehr gut lief. Die Genehmigungsbehörden hatten offensichtlich sehr gut im Blick, dass die Zeit drängt, um die Bundesmittel in Anspruch nehmen zu können.

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU): Liegen Ihnen Erkenntnisse vor, welcher Anteil der 390 Millionen Euro in etwa auf Niedersachsen entfallen wird?

Ministerin Staudte (ML): Ich kann Ihnen diese Frage aus dem Stegreif nicht beantworten. Es gab keine Länderkontingente. Etwa ein Drittel der Anträge kam aus Niedersachsen. Von daher hoffe ich, dass auch ein Drittel der Bewilligungen auf Niedersachsen entfällt. Alles andere wäre schwierig, zumal das Programm so ausgerichtet war, dass das Geld dorthin fließt, wo die Tiere gehalten werden und die Tiere nun einmal zu einem Großteil in Niedersachsen stehen.

> (Zuruf vom ML: Wir verfügen lediglich über bundesweite Zahlen. Wir kennen die Antragszahlen aus Niedersachsen, haben aber keine Übersicht darüber, in welchem Umfang Mittel nach Niedersachsen geflossen sind.)

Möglicherweise wäre es eine Anregung an die Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen, eine entsprechende Nachfrage an die BLE zu richten.

Abg. **Karin Logemann** (SPD): Herzlichen Dank, Frau Ministerin, für die Vorstellung und auch für die Informationsbroschüre. Dies ist eine für uns wichtige Unterlage, die komprimiert die Prioritäten unserer Politik zusammenfasst. In diesem Zusammenhang zugleich auch herzlichen Dank an Frau Heepe-Horstmann und ihr Team, die uns bei den Haushaltsberatungen immer wieder sehr kompetent zur Seite stehen.

Ich habe mir den Haushaltsplanentwurf intensiv angeschaut. Neu ist der vom ML bewirtschaftete Teil des Sondervermögens „Wirtschaftsförderfonds“. Diese Mittel waren bisher im MU veranschlagt und wandern nun in den Einzelplan des ML. Aus meiner Sicht ist dies ein Stück Haushaltsklarheit. Die Mittel stehen für Waldschutzmaßnahmen, aber auch für die Transformation in der Land- und Forstwirtschaft, den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung zur Verfügung.

Dies sind Themen, über die wir sicherlich nicht weiter diskutieren müssen und die uns alle umtreiben.

Wir alle wissen - und sehen dies auf den Höfen, die mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen haben -, dass der finanzielle Spielraum immer enger und zum Teil sogar bedrohlich eng wird. Das betrifft die landwirtschaftlichen Betriebe, aber auch unseren Haushalt. Vor diesem Hintergrund ist immer wieder Kreativität gefragt. Ich bin immer wieder begeistert, wie viel Kreativität an den Tag gelegt wird, um an der einen oder anderen Stelle noch etwas finanzielle Mittel zu mobilisieren. Das ist nicht selbstverständlich. Wir wissen, dass alle Ministerien darum kämpfen, dass die Dinge, die sie finanziert haben möchten, ausfinanziert werden können.

Wir alle wissen, dass die Liste der Maßnahmen, die wir uns für unsere Landwirtschaft und die Agrarwirtschaft vorstellen können, im Grunde unbegrenzt ist. Allerdings müssen wir Prioritäten setzen. Das Aufstocken des Agrarinvestitionsförderprogramm mit Landesmitteln in Höhe von 20,7 Millionen Euro für mehr Tierwohl in den Ställen, aber auch für die Transformation in der Landwirtschaft war eine besondere Anstrengung. Wem haben wir es zu verdanken, dass eine derartige Anstrengung erforderlich war? Das BUT, das Bundesprogramm zum Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung, mit dem unsere Landwirtinnen und Landwirte unterstützt werden sollten, wird nicht weiter finanziert. Ursprünglich wurde kritisiert, dass kaum Anträge vorliegen. Jetzt hören wir - die Ministerin hat die Antragslage genannt -, dass bundesweit 619 Anträge eingereicht worden sind, von denen 202 aus Niedersachsen stammen. Das ist eine große Menge. Vor dem Hintergrund dessen, was die einzelnen Betriebe sozusagen im Gepäck haben, ist Unterstützung unbedingt nötig.

Ich muss vor diesem Hintergrund ein großes Dankeschön dafür loswerden, dass es gelungen ist, Mittel zugunsten der tierhaltenden Betriebe umzuschichten. Zwar können, wie bereits gesagt wurde, nicht alle Betriebe bedient werden, gleichwohl kann aber vielleicht ein wenig zur Entkrampfung beigetragen werden. Klar sein muss aber auch, dass das Geld nicht sozusagen on top bereitgestellt werden kann, sondern Mittel lediglich anders verteilt werden. Dies bedeutet natürlich, dass deswegen andere Bereiche leer ausgehen. Hierbei geht es um das Thema „Prioritäten setzen“.

Gute Ernährung ist mir ein Herzensthema für alle Altersgruppen. Hier werden wirklich Schwerpunkte gesetzt. Ich bin schon etwas länger dabei und weiß, dass wir uns mit dem Schulobstprogramm Jahr für Jahr über die politische Liste sozusagen nach vorne geschleppt haben, als das EU-Programm ausgelaufen war und sich das Programm gleichzeitig unglaublicher Beliebtheit erfreut hat. Wir haben dieses Programm immer für wichtig gehalten und wollten es auch finanzieren. Das Land ist mit Landesmitteln eingesprungen. Auch dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Bei 2 800 Bildungsträgern kommen über 400 000 Kindern in den Genuss von Schul obst und Gemüse und können am Milchprogramm teilnehmen. Das ist eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. Wir alle wissen, dass das Thema Ernährung in den Familien nicht mehr die Rolle spielt, wie dies vor Jahrzehnten der Fall war. So gibt es durchaus Kinder, die ohne Frühstück in den Kindergarten oder in die Schule gehen. Deswegen ist es so sehr wichtig, dass wir Geld für Ernährung, aber auch für die Ernährungsbildung zur Verfügung stellen.

Das Projekt „Schulmensen zu Lernorten umwandeln“ hat die Ministerin bereits erwähnt. Es handelt sich hierbei um ein unglaublich wichtiges Programm. Ich freue mich sehr darüber, dass in meinem Landkreis eine Schule den Zuschlag erhalten hat, also zu den sieben Schulen gehört, die jetzt erst einmal das Modell fahren dürfen. Diese Schule hat mich eingeladen, den Prozess zu

begleiten. Die Schülerinnen und Schüler besuchen einen Hof, mussten dort einen Acker vorbereiten, haben Kartoffeln gesetzt und beobachtet, wie sich die Kartoffeln entwickelt, wie sie dann geerntet und schließlich in der Küche verwendet werden. Mehr Praxis geht nicht! Es geht um Wissen, das in weiten Teilen der Gesellschaft verloren gegangen ist.

Das für Ernährung und Ernährungsbildung eingesetzte Geld ist aus meiner Sicht richtig investiert. Bei der Ernährungsbildung geht es nicht nur um den Kita- und Schulbereich, sondern um lebenslanges Lernen. Man lernt nie aus, und Ernährung bleibt bis ins hohe Alter ein zentrales Thema. Deshalb bin ich sehr dankbar dafür - auch dafür haben wir Jahr für Jahr mit der politischen Liste gekämpft -, dass die Themen Vernetzungsstellen für Kitas, Schulen und Senioren, aber auch Ernährungsräte und Landesarbeitsgemeinschaft für Hauswirtschaft jetzt fest im Haushalt verankert sind. Ich werte dies als großen Erfolg, zumal ich weiß, welche Themen hiermit konkurrieren.

Digitalisierung und KI-Anwendungen sind weitere große Themen nicht nur bezogen auf die landwirtschaftlichen Ställe, sondern auch insgesamt. Es handelt sich um eine Querschnittsaufgabe, der wir uns widmen müssen. Ein dickes Lob dafür, dass hierfür Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Dass Niedersachsen Partnerland der Grünen Woche wird, ist eine Ehre für unser Land. Niedersachsen ist Agrarland Nummer eins und darf sich selbstbewusst auf der Grünen Woche präsentieren. Ich finde es durchaus angemessen, dass Niedersachsen Partnerland sein wird. Zwar kostet dies Geld, aber dies kann, wie die Ministerin schon gesagt hat, durchaus dadurch kompensiert werden, dass der Fokus noch einmal stärker auf das gerichtet wird, was Niedersachsen im Agrarbereich leistet. Aus meiner Sicht ist das potenziell sehr gut angelegtes Geld.

Wir haben uns immer wieder intensiv für das Projekt „Transparenz schaffen - von der Ladentheke zum Erzeuger“ eingesetzt. Im Zusammenhang mit dem Lernort Bauernhof lernen die Schülerinnen und Schüler, woher das Stück Fleisch auf dem Teller stammt. Immer wieder musste daran gearbeitet werden, dass dieses Projekt nicht untergeht. Jetzt ist es aber nachhaltig abgesichert. Dafür herzlichen Dank.

Aus meiner Sicht liegt uns in Gänze ein auch angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen bemerkenswerter Haushalt vor. Ich bin bereits seit mehreren Jahren im Bereich der Agrarpolitik tätig. Im Grunde hatte man jedes Jahr das Gefühl, dass zu wenig Geld zur Verfügung steht. Gleichwohl haben wir viele der Dinge, die uns beschäftigen, nachhaltig absichern können.

Vielleicht mögen Sie, Frau Ministerin, noch etwas zu zwei Themen sagen, die mir, wie Sie wissen, ebenfalls sehr am Herzen liegen. Dabei handelt es sich zum einen um das Ackerbauzentrum und zum anderen um das Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen. Für die Ansätze, die hierfür im Haushaltsplanentwurf vorgesehen sind, bedanke ich mich herzlich. In beiden Fällen geht es um Maßnahmen, die für uns in Niedersachsen, die für das Agrarland Nummer eins wichtig sind. Wir müssen dafür sorgen, dass beide Institutionen erhalten bleiben, aber nicht den finanziellen Zwängen zum Opfer fallen. Es wäre schön, wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten.

Ansonsten herzlichen Dank für die richtige Schwerpunktsetzung und gute Zusammenarbeit.

Ministerin **Staudte** (ML): Vielen Dank für das positive Feedback. Dass wir bei dem Projekt „Transparenz schaffen“ für Planungssicherheit gesorgt haben, ist ein großer Schritt und freut mich sehr. Sie finden im Haushaltsplanentwurf einen Ansatz von 500 000 Euro, der noch nicht so sehr konkretisiert ist, zur Grünlandförderung. Der Plan ist, dass wir das noch ein bisschen ausfeilen.

Wir wissen, dass sowohl das Grünlandzentrum als auch das Ackerbauzentrum Bedarfe haben. Da die Mittel nicht konkret für Projekte gebunden sind, besteht hier Spielraum für eine Absicherung. Beide Zentren leisten bereits seit Jahren sehr gute Arbeit. Insbesondere wenn Personalwechsel anstehen, stellt sich die Frage, wie Menschen gewonnen werden können, die sich auf einen solchen Arbeitsplatz im ländlichen Raum einlassen. Hierbei hilft es, wenn eine dauerhafte Förderung in Aussicht steht.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU): Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank, dass Sie den Einzelplan 09 persönlich eingebracht haben. Ich habe noch drei kurze Nachfragen.

Zum einen möchte ich den Themenbereich Ernährungsnotfallvorsorge ansprechen. Wie Ihrer Informationsbroschüre zu entnehmen ist, beträgt der Ansatz hierfür 100 000 Euro. Mich interessiert, welche Maßnahmen konkret aus diesem Ansatz finanziert werden und inwieweit dieser Betrag angesichts der geopolitischen Lage ausreicht.

Das Thema Seuchen hat uns als Agrarpolitiker in letzter Zeit maßgeblich beschäftigt, ob es sich nun um die Afrikanische Schweinepest oder die Vogelgrippe bzw. die Newcastle-Krankheit handelt. Ich finde dazu im Haushaltsplanentwurf relativ wenig und wäre von daher zum anderen dankbar, wenn Sie noch auf den Aspekt der Seuchenprävention eingehen würden.

Drittens geht es mir um den Verbraucherschutz. Frau Logemann hat schon das Modellprojekt „Lernort Mensa“ sowie die Modellprojekt-Schulen angesprochen. Für dieses Projekt sind 618 000 Euro angesetzt. Die Ernährungsbildung gerade an Schulen ist sicherlich uns allen wichtig. Insgesamt gibt es lediglich sieben Modellprojekt-Schulen. Bezogen auf ganz Niedersachsen ist das nicht gerade viel. Mich interessiert, ob das Projekt evaluiert wird und ob geplant ist, das Projekt zu verstetigen.

Ministerin **Staudte** (ML): Bei der Ernährungsnotfallvorsorge handelt es sich in der Tat um ein Thema, mit dem wir uns relativ neu beschäftigen müssen und das eine hohe Relevanz hat. Die Kommunen tragen auf diesem Gebiet eine hohe Verantwortung. Bei dem Ansatz von 100 000 Euro, geht es um einen Bereich, in dem eine Software entwickelt werden soll, damit die Kommunikation zwischen Bund, Land und Kommunen besser, koordinierter und sicherer laufen kann. Das ist sehr wichtig.

Niedersachsen setzt auch ein Forschungsprojekt fort, in dem es um die Kommunikation mit der Wirtschaft geht. Es wird, meine ich, demnächst zu einem Abschluss kommen. Ich hoffe, dass wir daraus gute Schlussfolgerungen für Krisensituationen ziehen können. Das wird auch bei der vorgesehenen Delegationsreise ein Thema sein. Wir brauchen immer noch Anregungen bzw. Best-Practice-Beispiele, wie wir vorgehen können.

Was Tierseuchen betrifft, so gibt es auf der einen Seite Ausfallzahlungen für die Fälle, in denen auf den Betrieben Tiere gekeult werden müssen. Unabhängig davon, was wir im Haushaltsplan vorgesehen, fließen die Mittel zur Kofinanzierung immer. Das bringt sehr viel Sicherheit.

Auf der anderen Seite geht es um die Seuchenprävention. Hierbei handelt es sich um freiwillige Leistungen, die allerdings total wichtig und dringlich sind. Von Frau Dr. Gerdes von der Tierseuchenkasse habe ich gerade in letzter Zeit noch mal mitbekommen, dass es sich hierbei um einen Bereich handelt, den sie gern ausbauen möchte. Bedarf dafür besteht natürlich. Wir werden schauen, inwieweit wir Haushaltsansätze noch etwas schärfen können, um Mittel für solche

Bereiche freizusetzen. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass uns das gelingen wird. Wichtig ist das auf jeden Fall.

Was das Modellvorhaben „Schulmensen zu Lernorten“ angeht, haben in der Tat sieben Schulen den Zuschlag erhalten. Zunächst war an vier Schulen gedacht. Dann wurde jedoch deutlich, dass diese Schulen mit weniger Geld auskommen, sodass wir die Zahl der Schulen aufstocken konnten. Wir werden natürlich genau schauen, was wo gut funktioniert hat. Das Modellvorhaben sollte von vornherein offengehalten werden und vor Ort unterschiedliche Kooperationen und Konzepte verfolgt werden können. Kern des Modellvorhabens ist es, zu analysieren, was besonders gut geklappt hat oder aber ob das Erfolgsrezept in der Vielfalt liegt. Muss es eine passgenaue Lösung mit vor Ort ansässigen Kooperationspartnern geben können? Das werden wir uns sehr genau anschauen. Aktuell liegen mir keine Rückmeldungen vor, dass irgendetwas nicht funktionieren würde. Sobald es eine erste Evaluation gibt, werden wir die Ergebnisse natürlich in die Beantwortung der Frage einfließen lassen, wie die anderen Mittel verausgabt werden können.

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Ministerin, für die Einbringung des Einzelplans, und vielen Dank, Frau Heepe-Horstmann, für die gute Vorbereitung. Ich will nicht all das wiederholen, was bereits gesagt wurde, allerdings noch auf einige Schwerpunkte eingehen.

Der Ansatz von 4,5 Millionen Euro für Beratung zum Biotop- und Artenschutz im Rahmen des „Niedersächsischen Weges“ ist sehr wichtig. Gleiches gilt für die GAK-Kofinanzierung. Dass wir sie weiterhin gewährleisten, ist ein deutliches Pfund.

Insgesamt finde ich den Haushaltsplan sehr ausgewogen. „Sicher in Zeiten des Wandels“ trifft sehr genau, was wir machen.

Zurückkommen möchte ich noch einmal auf die Landesmittel in Höhe von 20,7 Millionen Euro, die für Stallbauinvestitionen in besonders tiergerechte Haltungsformen eingesetzt werden sollen. Ich finde diese Förderung gut und richtig. Gleichwohl fehlen diese Mittel an anderer Stelle. Herr Dr. Mohrmann hat bereits ausgeführt, dass ordentlich Anträge eingegangen sind und die Mittel abfließen. Deshalb meine Frage, ob noch Gespräche mit dem Bund zu der Frage geführt werden, ob, da die Dinge so gut laufen, künftig doch noch finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Zunächst ist ja argumentiert worden, dass im Rahmen des BUT kaum Mittel abfließen.

Was den Ansatz von 100 000 Euro für die Ernährungsnotfallvorsorge betrifft, kann nach der Delegationsreise nach Estland vielleicht noch einmal genauer dargestellt werden, was die Demonstratoren machen und welches Programm ausgewählt wurde.

Ministerin **Staudte** (ML): Das können wir gern machen.

Zur Frage, ob wir mit dem Bund im Gespräch sind: Bei jeder Gelegenheit versuchen wir, das zu adressieren und darauf aufmerksam zu machen, dass das keine Dauerlösung sein kann. Das gilt insbesondere hinsichtlich des Umstandes, dass der Bund eine Aufstockung der Mittel für die Europäische Union ablehnt. Sollte es gegenüber dem aktuellen Entwurf zu Kürzungen kommen, sollte die Bundesregierung schon darauf hingewiesen werden, dass, wenn Deutschland als Nettozahler Geld spart, dieses Geld für den Bereich zur Verfügung gestellt werden sollte, in dem wirklich gekürzt wird.

Letztlich führt, wie Sachverständigengutachten in der Vergangenheit immer wieder gezeigt und auch die Borchert-Kommission sowie die Zukunftskommission Landwirtschaft deutlich gemacht haben, kein Weg an einem Kofinanzierungsinstrument vorbei, um die Einnahmen auf Dauer abzusichern. Ob es nun um einen Tierwohl-Cent oder die Anhebung der Mehrwertsteuer auf tierische Produkte geht, man konnte sich in der Vergangenheit nicht einigen. Dass nichts entschieden wurde, ist für ein Tierhaltungsland wie Niedersachsen, das auf den Umbau der Tierhaltung sowie dessen finanzielle Unterstützung angewiesen ist, absolut bedenklich. Das Grundproblem besteht darin, dass der Umbau nicht über die Erzeugerpreise finanziert werden kann. Wenn jemand Verbesserungen vornimmt, heißt das nicht unbedingt, dass die Mehrkosten dafür wieder hereingeholt werden können.

Das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz stellt den Versuch dar, die Haltungsformen zumindest stärker sichtbar zu machen, damit dann in der Konsequenz vom Handel bessere Preise für Produkte aus den höheren Haltungsstufen gezahlt werden. Aber auch dazu finden immer wieder Grundsatzdebatten statt. Ein wirkliches Problem stellt es dar, dass auf der Agrarministerkonferenz ein Antrag - ich meine aus Bayern - vorgelegt worden ist, die Fristen für den Umbau der Deckzentren und der Abferkelbereiche zu verlängern, da sie nicht eingehalten werden könnten. Auch das bedeutet Planungsunsicherheit. Gesellschaftlich wäre es überhaupt nicht zu erklären, wenn bei Umbaufristen von mehr als zehn Jahren kurz vor Ablauf der Fristen von diesen abgewichen würde. Das tut der Landwirtschaft auch deshalb nicht gut, da letztendlich immer eine gesellschaftliche Akzeptanz für die Fördermittel, die bereitgestellt werden, benötigt wird. Auf Bundesebene muss endlich mal parteiübergreifend ein Konsens erzielt werden, in welche Richtung die weitere Entwicklung gehen soll.

Schauen wir uns nur einmal an, wie viel Geld andere Länder für diesen Bereich in die Hand nehmen. Die Niederlande sind ebenfalls ein sehr tierstarkes Land. Dort gibt es ganz andere Konzepte auch in Kombination mit Ausstiegsprämien. Allen ist klar, dass man die Betriebe nicht sich selbst überlassen kann, sondern Alternativen anbieten muss. Unsere Kombination, die Betriebe, die weitermachen wollen, beim Umbau zu unterstützen, gleichzeitig aber im Rahmen des Diversifizierungsprogramms Anreize für diejenigen zu geben, die sich ein anderes Standbein aufbauen wollen, ist etwas, was ich mir auf Bundesebene wünschen würde. Aus meiner Sicht geht es darum, gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Verbänden entsprechenden Druck aufzubauen. Es wird nicht ausreichen, sozusagen in Hinterzimmern ernste Gespräche zu führen. Aktuell werden von vielen Seiten schon sehr deutliche Worte geäußert.

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU): Was das Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung angeht, können wir auf jeden Fall erst einmal sehr froh sein, dass Mittel, die in den ersten Jahren quasi verfallen und sozusagen in die Globale Minderausgabe gerutscht sind, jetzt doch noch für den Stallbau zur Verfügung stehen.

Eine ganz andere Frage. Es geht mir um die seinerzeit relativ harsche politische Diskussion über die Finanzhilfe von 40 Millionen Euro des Landes für die kommunalen Veterinärbehörden. Sie kürzen die Mittel auf 10 Millionen Euro, und 2029 läuft das Programm komplett aus. Wie blicken die Landkreise darauf, und wie werden die Diskussionen hierüber geführt? Die Aufgaben der kommunalen Veterinärbehörden sind ja nicht geringer geworden. Seinerzeit hatte der Landkreistag die Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen Landwirtschaftsministerium in zahlreichen Gremien und Arbeitsgruppen aufgekündigt, weil das jährliche Defizit bei den kommunalen Veterinärbehörden für die Kommunen ein ernstes Problem dargestellt hat. Von daher waren wir überrascht, feststellen zu müssen, dass diese Diskussion wohl wiederkommen wird. Vor diesem

Hintergrund möchte ich gern wissen, wie die Landkreise auf dieses Thema schauen und wie Sie damit umgehen wollen.

Ministerin **Staudte** (ML): Von vornherein war klar, dass die Zusage, eine Finanzhilfe zur Verfügung zu stellen, die auf drei Tranchen - 20 Millionen Euro, 10 Millionen Euro und dann noch einmal 10 Millionen Euro - aufzuteilen war, erst einmal für diesen Betrag von 40 Millionen Euro gilt. Es würde mich wundern, wenn nicht wieder eine Debatte aufkäme. Auch ich schätze die Dinge so ein, wie Sie dies gerade dargestellt haben, dass nämlich die Arbeit in den Veterinärbehörden nicht weniger wird, sodass ab 2029 durchaus noch einmal überlegt werden muss, wie es weitergehen soll. Allein mit einer Aufgabenkritik wird man die finanziellen Defizite nicht kompensieren können. Vielleicht ergibt sich durch Digitalisierung noch etwas Spielraum, um das Personal zu unterstützen, damit die Tätigkeiten noch effizienter erledigt werden können. Zum Beispiel Vor-Ort-Kontrollen sind jedoch sehr arbeitsaufwändig.

Ich kann mir vorstellen, dass sich das Problem in Zukunft dahin gehend verlagert, dass es sehr schwer ist, die zur Verfügung stehenden Stellen zu besetzen. Hier haben wir in der Tat ein großes Problem, was den Fachkräftemangel angeht. Auf Bundesebene ist schon einmal eine Initiative zur schnelleren Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen angeschoben worden. Auch wenn es im Bundesrat dafür keine Zustimmung gab, halte ich dies weiterhin für ein ganz wichtiges Thema, damit die Veterinärbehörden ihren Aufgaben gerecht werden können.

Abg. **Jörn Domeier** (SPD): Frau Ministerin, herzlichen Dank an Sie und Ihre Beschäftigten.

Zur Verbraucherzentrale würde mich ihr Eindruck interessieren. Wichtigster Standort, auch bezogen auf die Größe, ist Hannover. Konnte die neue Beratungsstelle nach dem Umzug barrierefrei gestaltet werden? Haben Sie den Eindruck, dass die Dinge gegenüber der früheren Beratungsstelle in der ersten Etage eines Gebäudes besser geworden sind?

Bei allen Bemühungen um Digitalisierung: Erreicht die Verbraucherzentrale die Bürgerinnen und Bürger auch zu unterschiedlichen Beratungsaspekten?

Über das LAVES haben wir bislang relativ wenig gesprochen. Das LAVES hat in Teilen eine so herausragende Bedeutung, dass andere Bundesländer um Erledigung von Aufgaben durch unser LAVES bitten. Da wir in den vergangenen Jahren beim LAVES viel in Beton investiert haben: Bekommen die einzelnen Prüfer Unterstützung, um verstärkt digital arbeiten zu können?

Ministerin **Staudte** (ML): Ich habe mir die Räumlichkeiten der Verbraucherzentrale in Hannover nach dem Umzug angeschaut. Der Eingangsbereich ist ebenerdig. Hier geht es nicht nur um Barrierefreiheit, sondern auch um Sichtbarkeit. Von außen ist jetzt ohne Weiteres zu erkennen, dass sich dort die Verbraucherzentrale befindet. Bei dem ehemaligen Standort haben sich auf den Etagen unter den Räumlichkeiten der Verbraucherzentrale andere Büroräume befunden. Ich meine, dass der Fahrstuhl gelegentlich ausgefallen ist. Bei meinem Besuch wurde deutlich - so hat das Frau Kristandt gesagt -, dass die Verbraucherzentrale den Umzug nicht gewagt hätte, wenn nicht beschlossen worden wäre, die Verbraucherzentrale durch eine Anpassung des Niedersächsischen Glücksspielgesetzes stärker zu fördern, sodass nicht sozusagen immer alles über irgendwelche Projektförderungen flankiert werden muss.

Die digitale Beratung spielt weiterhin eine sehr große Rolle. Darüber haben wir zwar bei meinem Besuch vor Ort nicht gesprochen. Die Beratungsstelle ist aber super ausgestattet. Ich bin mir sehr sicher, dass sich dieser Bereich ohnehin weiterentwickeln wird, was die Nachfrage angeht.

Beim LAVES haben wir in der Tat unglaublich viele bauliche Sanierungen etwa in Braunschweig und in Lüneburg sowie in Stade den beschlossenen Ersatzneubau. Für den Laborbereich haben wir, wenn dies möglich war, zusätzliche Mittel bereitgestellt, und wir haben Mittel für die KI-Nutzung veranschlagt. Hierbei geht es darum, dass Etiketten nicht abgetippt werden müssen. Häufig geht es um die richtige Kennzeichnung. Es war sehr aufwendig, wenn die Angaben auf Etiketten abgetippt werden mussten. Jetzt können die Dinge bildlich erkannt werden, und dann wird das in Text transformiert. Das macht die Arbeit sehr viel einfacher. Ich freue mich, dass die KI in den unterschiedlichsten Bereichen genutzt wird. Das wird in den nächsten Jahren sicherlich noch unglaublich an Fahrt aufnehmen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Referenzparzellen und daran, dass bislang Bilder bzw. Fotos von Überfliegungen von Menschen, die vor einem Bildschirm sitzen, ausgewertet werden mussten. Das ist sicherlich eine Arbeit, die auf Dauer anstrengend sein kann. Wenn hier mit KI unterstützt werden kann, sodass sozusagen nur noch absolute Zweifelsfälle auf dem Schreibtisch landen, stellt dies eine ganz große Unterstützung dar. Auch im Bereich der Waldbrandfrüherkennung mittels kameragestützter Systeme kommt KI verstärkt zum Einsatz. In dem Bereich ist unglaublich viel Musik.

Das ML steht dieser Thematik sehr offen gegenüber. Aber die Ideen für Anwendungen müssen aus der Fläche kommen. Es nützt sicherlich nichts, wenn wir uns im Ministerium irgendeine Anwendung überlegen, sondern wir müssen wissen, wenn Einsatzmöglichkeiten gesehen werden.

Einzelberatung

Der **Ausschuss** und der **Unterausschuss** lesen den Einzelplan 09.

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) stellt Fragen zum *Ländlichen Wegebau* und *zur Übersicht über Beschäftigungsvolumen, Budget und Stellen (BBS),* die von RD'in **Heepe-Horstmann** (ML) beantwortet werden.

Eine Aussprache zur **Mittelfristigen Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030** ergibt sich nicht.

Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD) hält fest, dass der Ausschuss und der Unterausschuss damit die Mitberatung des Einzelplan 09 unter Einbeziehung der Mipla 2026 bis 2030 durchgeführt und ohne Änderungsempfehlungen abgeschlossen hätten. - Widerspruch erhebt sich nicht.

***